

ECONOMY FOR FUTURE - SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSWENDE JETZT!

OMNIBUS startet Projekt „Europäische Kreditinitiative“.

VON CHARLIE RUTZ

Julia ist 32 und hat gerade ihren Master in Umwelttechnik abgeschlossen. Sie möchte gerne etwas Gutes für die Umwelt tun, ist aber auch alleinstehend mit zwei Kindern und muss ihren Studienkredit zurückzahlen. Da bekommt sie ein lukratives Angebot für einen Job in einer bekannten Chemiefirma, die unter anderem Glyphosat herstellt. Was soll sie jetzt tun? Wäre es nicht schön, wenn Julia eine für sie passende Alternative hätte? Einen Job, den sie aus voller Überzeugung und Liebe zur Sache ausüben kann, der zugleich fair bezahlt und nachhaltig ist.



Tag für Tag sehen wir, wohin uns ein Wirtschaften führt, das bloß auf Profitmaximierung und Wachstum zielt. Soziale Ungleichheit, Abholzung der Regenwälder, Verschmutzung der Meere, Massentierhaltung und Artensterben sind die Folge. Das, was heute als Wirtschaft bezeichnet wird, ist allzu oft Misswirtschaft. Erfreulicherweise entstehen weltweit viele gesellschaftliche Initiativen, die auf diesem Gebiet einen Bewusstseinswandel bewirken wollen. Seit kurzem setzt sich auch der OMNIBUS für Direkte Demokratie mit der „Europäischen Kreditinitiative“ für ein ökologisches Wirtschaften ein, das den Bedarf von Mensch, Tier und Natur befriedigt. Für diese gemeinwohlorientierte Arbeit soll eine neue Finanzierungsquelle eröffnet werden. Es ist ein auf längere Zeit angelegtes Projekt, das seinen Beitrag für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung leisten will. Die damit verbundenen Ideen und daraus resultierenden Schlussfolgerungen sind vielfältig und tangieren verschiedene gesellschaftspolitische Bereiche.

In einem ersten Schritt wollen wir erreichen, dass Unternehmen, die nicht dem Profitprinzip folgen und die auch für gerechte Einkommen ihrer Mitarbeitenden sorgen, aus dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) unentgeltliche und zinsfreie Kredite erhalten. Dies soll durch eine konkrete Änderung der Statuten der Europäischen Zentralbank (EZB) erreicht

werden. Die Kredite müssen natürlich insgesamt wieder zurückgezahlt werden, sodass ein Geldkreislauf entsteht. Und dieser sieht wie folgt aus: Das Geld, das die Unternehmen von den Banken als Kredit erhalten, wird an die Mitarbeitenden als Einkommen ausbezahlt. Mit dem Einkommen werden die Menschen freigestellt, für eine bestimmte, ihnen am Herzen liegende Sache arbeiten zu können – jenseits von Lohnabhängigkeit. Es ist ein Grundrecht, das demokratisch hervorgebracht und ausgestaltet werden muss. Entweder im Parlament oder – noch besser – per Volksabstimmung. Eine demokratische Einkommensordnung könnte ein bedingungsloses Grundeinkommen, verschiedene Einkommensstufen sowie eine Ober- und Untergrenze enthalten.

Auf diese Art können Arbeit und Einkommen voneinander entkoppelt werden, d.h. man muss nicht mehr für Geld arbeiten, sondern man erhält Geld, um arbeiten zu können. Arbeit und Arbeitskraft sind keine Ware mehr. Natürlich kann in den Unternehmen die Höhe des jeweiligen konkreten Einkommens in den gesetzlich bestimmten Spielräumen weiter selbst festgelegt werden. Wenn dann die Menschen mit ihren Einkommen Waren und Dienstleistungen erwerben, fließt das Geld wieder zurück zu den Unternehmen. Dabei nehmen die einen mehr Geld ein als sie zuvor verbraucht haben, die anderen Unternehmen weniger. Solche Überschüsse und Unterschüsse sagen nichts aus über die Güte der Arbeit des jeweiligen Unternehmens. Denn in vielen Arbeitsbereichen ist es gar nicht möglich, über die Preise Einnahmen zu erzielen, wie bei der Pflege der Natur und dem Schutz der Tiere. Vielfach ist es gesetzlich auch gewollt, dass es keinen Preis gibt, so zum Beispiel in der Bildung bei den Schulen. Hieraus wird ersichtlich, dass für die Rückzahlung ihrer Kredite nicht die einzelnen Unternehmen alleine zuständig sind, sondern alle Unternehmen zusammen. Sie tun dies, indem sie die entstehenden finanziellen Überschüsse und Unterschüsse miteinander ausgleichen. Das Profitprinzip als



wesentliches Unternehmensziel entfällt – also das Missverständnis, dass Unternehmen Geld verdienen müssen.

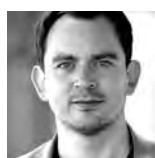
Das Geld ist in den wirtschaftlichen Vorgängen kein Wert an sich – wir benötigen es jedoch, um diese Vorgänge zu vereinbaren. Es spricht als Produktionskredit die Verpflichtung aus, unsere Fähigkeiten in der Arbeit einzusetzen und als Einkommen berechtigt es uns, einen Teil des insgesamt Produzierten für uns selbst zu verwenden. Und dabei ist all das zu finanzieren, was wir als Menschen brauchen, was aber keinen ausreichenden Marktpreis erzielen kann oder soll. Dazu gehören die soziale und medizinische Versorgung, die Pflege und Erhaltung der Natur, die Erziehung, Bildung und Forschung sowie die Förderung von Kunst und Kultur. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten, die sich in diesem Sinne als dem Bedarf dienend verstehen, brauchen zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine demokratisch garantierte Finanzierung. Der von der Kreditinitiative ausgearbeitete Gesetzentwurf würde schon jetzt Unternehmen ermöglichen, parallel zu den bestehenden Verhältnissen, diesen neuen Weg zu gehen – ganz ohne Zwang.

Unsere Initiative ist eingebettet in eine europaweite Kampagne (creditinitiative.eu), die zum Ziel eine Europäische Bürgerinitiative hat. Noch lieber würden wir die Bevölkerung über unsere Forderungen per verbindlicher Volksabstimmung entscheiden lassen. Das ist derzeit aber weder auf Bundesebene noch auf EU-Ebene möglich. Wir arbeiten daran! Der Mitbegründer unserer Demokratiebewegung, der Aktionskünstler Joseph Beuys, sagte einmal: „Work only when you feel: your work starts revolution“. Lasst uns in diesem Sinne jetzt starten!

Je mehr Menschen mitmachen, umso mehr Aktionsmöglichkeiten eröffnen sich, zum Beispiel der Start einer Bundestagspetition mit öffentlicher Anhörung. /

AURUF ZUR KREDITINITIATIVE JETZT UNTERZEICHNEN

Helpen Sie mit, die Vision einer sozialen und ökologischen Wirtschaftswende Realität werden zu lassen und unterzeichnen Sie den Aufruf unter www.kreditinitiative.de/jetzt-unterzeichnen oder über den QR-Code.



Charlie Rutz
Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen und Fundraising beim OMNIBUS sowie Vorstandsmitglied von Mehr Demokratie Berlin/Brandenburg.